SSOAR

Open Access Repository
www.ssoar.info

# Methoden- und Nutzungsprobleme von empirischer Sozialforschung im Interessenfeld von Auftragsforschung: ein Fallbericht

Hellstern, Gerd-Michael; Wollmann, Hellmut

Veröffentlichungsversion / Published Version
Sammelwerksbeitrag / collection article

**Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:**
Hellstern, G.-M., & Wollmann, H. (1981). Methoden- und Nutzungsprobleme von empirischer Sozialforschung im Interessenfeld von Auftragsforschung: ein Fallbericht. In W. Schulte (Hrsg.), *Soziologie in der Gesellschaft: Referate aus den Veranstaltungen der Sektionen der Deutschen Gesellschaft für Soziologie, der Ad-hoc-Gruppen und des Berufsverbandes Deutscher Soziologen beim 20. Deutschen Soziologentag in Bremen 1980* (S. 560-568). Bremen: Deutsche Gesellschaft für Soziologie (DGS). https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-189216

**Nutzungsbedingungen:**
*Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.*
*Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.*

**Terms of use:**
*This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.*
*By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.*

gesis Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

# METHODEN- UND NUTZUNGSPROBLEME VON EMPIRISCHER SOZIALFORSCHUNG IM INTERESSENFELD VON AUFTRAGSFORSCHUNG - EIN FALLBERICHT

Gerd-Michael Hellstern / Hellmut Wollmann

Von Bund, Ländern und der Wirtschaft werden gegenwärtig ca. 40 Mrd. DM für Forschungszwecke verwandt, wovon 14 Mrd. DM auf Bund und Länder entfallen. Ca. 47 % gehen beim Bund in nichtuniversitäre Auftragsforschung (vgl. auch Forschungsbericht VI der Bundesregierung, 1979). Auch wenn der Umfang der Mittel, die für sozialwissenschaftliche Forschung bereitgestellt werden, auch weiterhin eher bescheiden zu nennen ist, so haben doch einige der neueren groß angelegten Programme, wie das Programm zur Humanisierung der Arbeitswelt, die Verbraucherforschung, Forschungen zu Kabelpilotexperimenten sowie zahlreiche Begleitforschungsvorhaben zu Modellversuchen der empirischen Sozialforschung erstmals eine breitere Wirkung oder zumindest auch öffentlichkeitswirksame Publizität und Handlungschancen (sowie Arbeitsmarktchancen) eröffnet (vgl. beispielsweise zu HdA: MATTHÖFER 1978; TRAUTWEIN-KALMS/GERLACH 1980).

Mit dieser stürmischen Entwicklung und diesem Bedeutungswandel der Wissenschaft zogen für einige Zeit Fragen der Steuerung der wissenschaftlichen Entwicklung (vgl. beispielsweise BÖHME/ENGELHARDT 1979) bzw. der Resistenz sozialwissenschaftlicher Forschungen gegenüber wissenschaftsexterner Steuerung hohe Aufmerksamkeit auf sich (vgl. etwa WEINGART 1976). Es zeigte sich jedoch schnell, daß beide Analyseebenen zu kurz greifen, um Probleme wissenschaftlicher und politischer Interaktionen ausreichend zu erklären oder zu begreifen (vgl. RICH 1979). Aus der Relevanz- und Praxiskritik traditioneller sozial- und politikwissenschaftlicher Ansätze (DAVIS, COLEMAN) waren es vor allem zwei Gesichtspunkte, die aus methodischer Sicht als Forderung und Herausforderung zur Erprobung anstanden:

- Wie schlagkräftig sind zum einen Versuche, durch die Entwicklung alternativer oder ergänzender Analysemodelle, Untersuchungsstrategien und wissenschaftlicher Regeln (vgl. PATTON 1980) die Nutzung zu steigern?
- Wie stichhaltig sind zum anderen die Forderung nach einer stringenteren Anwendung wissenschaftlicher Forschung (vgl. ROSSI/FREEMAN/WRIGHT 1979) und der Versuch, die Umsetzungs- und Nutzungspraxis bisheriger Forschung, die durch eigene wissenschaftsimmanente Struktur oder durch politische Strukturen blockiert ist (vgl. LUHMANN 1978), zu verbessern und hierfür geeignete Dialogformen (vgl. GREIFFENHAGEN/PRÄTORIUS 1979) oder Transformationsmechanismen zu finden (zur Kritik vgl. WILDAVSKY 1979)?

Zielt der erste Versuch vor allem darauf, die Produktionsregeln wissenschaftlicher Forschung zu verändern, so ist der zweite Ansatz vor allem darauf gerichtet, durch die Veränderung von organisatorisch-strukturellen Bedingungen des Forschungsbetriebs (typischerweise finden sich neuerdings Untersuchungen zu Organisation und Entwicklung von Forschungsinstitutionen, vgl. beispielsweise SCHEUCH/V.ALEMANN 1978) sowie durch die Nutzung und Verbreitung von Innovations- und Diffusionstechniken die Wirksamkeit von Forschung zu steigern (vgl. etwa ROTHMANN 1980).

Am Beispiel einer Studie, die von einer Berliner Forschungsgruppe zwischen Ende 1975 und Oktober 1978 im Auftrag des BMBau bearbeitet wurde und in deren Mittelpunkt die Wirksamkeit der Einsetzung von sog. Sanierungsträgern bei der Durchführung von Sanierungsmaßnahmen stand (vgl. EINEM/BIRLEM/SCHARMER/WOLLMANN 1978), soll diesen Fragen eher explorativ nachgegangen werden. Innerhalb des Mittelfristigen Forschungsprogramms des BMBau ist die seinerzeitige Konzipierung und die Vergabe des Projektes (1975) als Teil einer (vorübergehenden?) Neuorientierung der Ressortforschung zu sehen, in der von "klassischen" Forschungstechniken (insbesondere Umfrageansätzen) abgerückt und Forschungsmethoden und -designs Aufmerksamkeit fanden, die über Prozeßstudien die Möglichkeit eröffnen, neben einer analytischen Dimension auch und gerade die Sicht (und das Verstehen) der beteiligten Akteure zu erfassen und die sich geltend machenden Entscheidungsvorgänge und Selektionsmuster letztlich mit dem Ziel zu erfassen, Entscheidungshilfen bereitzustellen. (Auf eine detaillierte Darstellung des methodischen Vorgehens der Studie soll an dieser Stelle verzichtet werden. Der Rückgriff und Bezug auf die Vorgehensweise muß hier selektiv bleiben.) (Für eine nähere Behandlung des methodischen Vorgehens dieser Studie vgl. HELLSTERN/WOLLMANN 1978.)

## 1. Politische Steuerung von Fragestellung und Design?

Die Vergabe des Projekts erfolgte im Rahmen einer öffentlichen Ausschreibung, die ihrerseits innerhalb des Mittelfristigen Forschungsprogramms Raumentwicklung und Siedlungsentwicklung (MFPRS) des BMBau stand. In dieser Ausschreibung wurde ein mehrfaches Untersuchungsinteresse des BMBau ersichtlich, das insbesondere darauf gerichtet ist,

- eine Übersicht "insgesamt" über das "Verhältnis von Gemeinde und Sanierungsträgern"

- durch die Analyse einzelner Entscheidungs- und Durchführungsprozesse empirische Informationen über konkrete Handlungsprobleme und das "Handlungs- und Problemwissen" der beteiligten Akteure auf der kommunalen Ebene zu erhalten,
- und als Ergebnis der Untersuchung den Gemeinden Entscheidungshilfen zu liefern.

Konnte die allgemeinere Übersicht eher einer flächendeckenden Programmbeobachtung dienen, so war die Vergabe der Untersuchung einzelner Maßnahmen geeignet, den mit der Sanierungsförderung des Bundes befaßten Ministerialbeamten jene "haut- und bodennahe" Kenntnis vom Programmvollzug auf Maßnahmenebene zu verschaffen, die sie sonst eher nur zufällig und beiläufig erhalten. In der expliziten Absicht, den Gemeinden "Entscheidungshilfen bereitstellen" zu wollen, schwingt zudem noch die Vorstellung mit, daß es - ungeachtet der grundsätzlichen Zuständigkeit der Länder für den Programmvollzug - durchaus Sache des Bundes sei, einen "Immediatbezug" zwischen Bundesförderung und kommunalem Programmvollzug aufrechtzuerhalten. In Reaktion auf den nachhaltigen Widerstand der Länder und auch auf die restriktive Interpretation des Bundesrechnungshofes hinsichtlich der Forschungskompetenz des Bundes wurde freilich dieses Handlungs- und Forschungsverständnis in der Folgezeit merklich zurückgenommen, in zeitlicher Parallelität und mit fühlbarem Auswirken auf die legitimatorische Akzeptanz des methodischen und konzeptionellen Designs der hier behandelten Studie.

Schien die Entfaltung des Untersuchungsdesigns auf der Grundlage eines Fallstudienansatzes von einem Konsens zwischen Auftraggeber und Auftragnehmer getragen, so wurde dessen Brüchigkeit oder zumindest Ambivalenz dann sichtbar, wenn es darum ging, die methodische Einbindung des Fallstudienansatzes in ein Gesamtdesign zu explizieren. Dies trat beispielsweise in der Diskussion mit dem Auftraggeber anläßlich der Fallauswahl zutage, ob die Auswahl der Fälle "repräsentativ" oder "instruktiv" sein solle, wobei sich die Forderung nach einer "Repräsentativität" offenkundig an einem nomologischen Erklärungsmodell orientierte, während das Konzept von "Instruktivität" sich eher an problembezogenem Informationsgehalt ausrichtet. Dabei scheinen "Praktiker" vielfach von einem Wissenschaftsverständnis auszugehen, innerhalb dessen die "Wissenschaftlichkeit" (im Sinne von "Validität") von Aussagen letztlich nur auf der Grundlage statistischer Erhebungs- und Analyseverfahren gewährleistet erscheint, demgegenüber "Fallstudien" zwar den Vorzug problemnaher Informiertheit haben, jedoch un dem Preis ungesicherter Verallgemeinerungsfähigkeit. Aber auch innerhalb des mehrköpfigen Forschungsteams wirkte sich der ungeklärte Status,

der der Fallstudie in der sozialwissenschaftlichen Methodendiskussion noch immer nachgesagt wird, insofern aus, als im Projektvorlauf (und dies ohne ausdrückliche Anstöße durch den Auftraggeber) die Erweiterung des Forschungsdesigns um komplementäre Validierungsstrategien diskutiert und vorgenommen wurde. Dies vollzog sich in mehreren Phasen, wobei die Initiative jeweils vom Auftragnehmer ausging und der Auftraggeber der Veränderung und Erweiterung der Projektbearbeitung - in der Regel auf ausführliche schriftliche Begründung durch die Forschungsgruppe - zustimmte.

## 2. Informationskosten versus Wahrheitsfindung

Nachdem die Konzeptionalisierungsphase vor allem im engen Kontakt mit dem Auftraggeber erfolgte, die Durchführungsphase sich weitgehend auf die Zusammenarbeit mit den Trägergesellschaften und den Fallgemeinden konzentrierte, erbrachte die Phase der Berichtabfassung die wohl insgesamt intensivste Phase möglichen "allseitigen Lernens".

Auch wenn es dem interdisziplinär zusammengesetzten Team (u. a. Planer, Soziologen, Juristen) im weiten Umfang gelungen war, Fachwissen und Handlungswissen zu erwerben und vor allem durch die intensiven Vergleichsuntersuchungen teilweise sogar einen analytischen Vorsprung zu gewinnen, blieben dennoch die über einen viel intensiveren Feldzugang verfügenden und durch gemeinsame Interessen weiter verbundenen Gemeinden und Träger vor allem im Bereich des ortsgebundenen Fakten- und detaillierten Organisationswissens den Forschern überlegen. Dies wurde vor allem in den teilweise heftigen politischen Auseinandersetzungen der Schlußphase deutlich:

Die Forschergruppe versuchte sukzessiv, die Validität ihrer Ergebnisse durch

- Erweiterung der Untersuchungsfälle
- ergänzende Sekundäranalysen
- zusätzliche Expertengespräche
- Intensivierung von Erfahrungsaustausch und
- Rückkoppelung mit zahlreichen Betroffenen

solange immer besser abzusichern, bis dieser Prozeß der Qualitätsverbesserung schließlich auf seine finanziellen Grenzen stieß, der Gewinn an zusätzlicher Validierung in keinem Verhältnis mehr zu den benötigten Informationskosten stand.

Demgegenüber war es die Absicht der Gemeinden und Träger, notfalls auch durch politischen Einsatz (Schreiben an das BMBau als Auftraggeber), in einem Falle unter Prozeßandrohung, Veränderungen durchzusetzen. Zwar waren nach einer ersten Rückkoppelung nur etwa 13 aller betroffenen Gemeinden bzw. Träger (von insgesamt 17 Gemeinden und 20 Trägern) nicht mit den Ergebnissen einverstanden. Diese gefährdeten jedoch nicht nur Ergebnis, sondern auch Veröffentlichung und Umsetzung.

Angesichts der sich abzeichnenden Konfliktfront war der Auftraggeber bemüht, die Konfliktpunkte zu entschärfen. In der Frage der Veröffentlichung zeichnete sich hierbei eine Spaltung der Entscheidung ab. Während der zusammenfassende Teil des Gutachtens nach Ablieferung rasch in Druck ging, blieb die Frage der Veröffentlichung der Fallberichte unentschieden. Die Ankündigung der Möglichkeit der Veröffentlichung der Fallberichte brachte einige Gemeinden so in Harnisch, daß der BMBau alle untersuchten Gemeinden und Sanierungsträger im März 1979 zu einer gemeinsamen Erörterung der Forschungsergebnisse nach Bonn einlud. Auf die phasenweise stürmisch verlaufene Sitzung folgte eine weitere Diskussionsrunde mit einer Reihe von Gemeinden mit dem Ziel einer Überarbeitung der Fallstudien. Zwar haben inzwischen alle Gemeinden der Veröffentlichung der Fallstudien zugestimmt, jedoch hat sich deren Aufnahme in die Schriftenreihe inzwischen offensichtlich "durch Zeitverlauf" negativ erledigt.

## 3. Zur Nutzungsresistenz der Praxis - Umsetzungsdefizite

Eine umfassende Erhebung über Wirksamkeit und Nutzung der Studie ist an dieser Stelle nicht möglich. Sie hätte den gesamten Umsetzungs- und Diffusionsprozess, Rezeptionsbereitschaft, Verständnis, Handlungsorientierung, Akzeptanz, Implementation und Durchführungserfolg zu erfassen. Statt dessen wurde versucht, eher heuristisch Indikatoren für Transfer und Rezeption zu erhalten (1).

Im ersten Analysezugriff wurden vor allem eine Reihe von Gemeinden - als den eigentlichen Adressaten der Untersuchung -, eine Reihe von Regierungspräsidien und außerdem einige Sanierungsträger bzw. Trägerverbände telefonisch befragt.

Die Gemeindebefragung bezog sich in erster Linie auf Gemeinden, die im Jahr 1978 in die Bundesförderung (Sanierungs- und Entwicklungsprogramm) mit einer Maßnahme neu aufgenommen worden sind. Bei der Auswahl dieses "Jahrgangs" war die Überlegung maßgebend, daß der Informations- und Beratungsbedarf dieser

Gemeinden ab 1978 in bezug auf Sanierungsträgerfragen besonders akut gewesen sein dürfte und die Veröffentlichung des zusammenfassenden Teils (Empfehlungsteil) der Sanierungsträgeruntersuchung in der Schriftenreihe des BMBau (mit einer Auflage von 5 000 Exemplaren) in diesen Zeitraum fiel.

Befragt wurden die neu aufgenommenen Gemeinden der Bundesländer Baden-Württemberg, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein (als der Bundesländer mit den meisten Neuaufnahmen in 1978). Zur Kontrolle wurden 15 systematisch ausgewählte Gemeinden befragt. Insgesamt zeigte sich, daß der Bekanntheitsgrad der Studie bei den Gemeindeverwaltungen gering ist. Von 56 angesprochenen Gemeindeverwaltungen konnten sich zwar fast die Hälfte erinnern, die Studie erhalten zu haben, jedoch nur in vier Gemeindeverwaltungen wurde sie tatsächlich gelesen. Sieben weitere hatten in ihr flüchtig geblättert oder hatten sie weitergegeben. 12 wußten nichts Genaues. Bemerkenswert scheint, daß jene, die die Studie gelesen hatten angaben, wichtige Erkenntnisse aus der Studie gezogen und diese auch in den Erfahrungsaustausch eingebracht zu haben, während diejenigen, die nur flüchtig hineinsahen oder sie weitergegeben hatten, sie als zu komplex, zu umfangreich, nicht konkret genug etc. beschrieben. Jene Befragten, die die Untersuchung bislang nicht erhalten haben, bezeugten zu gleichen Teilen Interesse bzw. Desinteresse, wobei bei den Gemeinden, die einen Sanierungsträger nocht nicht beauftragt haben, das Interesse prozentual besonders ausgeprägt war, allerdings auch fast jede zweite Gemeinde, die bereits einen Träger unter Vertrag genommen hatte, zeigte Interesse an der Studie.

Für einen möglichen Informationstransfer kommt die staatliche Mittelinstanz, umso eher in Betracht, als ihre Städtebaudezernate bzw. -referate in die Abwicklung der Sanierungsmaßnahmen der Gemeinden verhältnismäßig vollzugsnahe und laufend eingeschaltet sind. In einer weiteren Telefonrunde wurden daher die Regierungspräsidenten von drei Bundesländern (N=15) über Kenntnis und Nutzung der Studie befragt. Gegenüber der Trägeruntersuchung war auch eine gewisse Sensibilisierung zu erwarten, als die betreffenden Amtsträger in mindestens einer Telefonrunde, in der mit allen Regierungspräsidien ausführliche Gespräche über die auszuwählenden Untersuchungsgemeinden geführt worden waren, mit der Untersuchungsfrage befaßt worden waren. Vor diesem Hintergrund ist das Befragungsergebnis - zumindest im ersten Hinsehen - bemerkenswert und nachdenkenswert negativ. Von 11 Regierungspräsidenten, die den Erhalt der Studie bestätigten, hatten 5, allenfalls 6, die Studie gelesen. Nur in einem RP wurde bekundet, die Studie sei bei der Beratung von Gemeinden

von Nutzen gewesen. Einigen Aufschluß können freilich die Gründe geben, die für die Nichtlektüre oder Nichtnutzung der Studie mitgeteilt werden. Daraus wird deutlich, daß sich die Schlüsselprobleme der Sanierungsabwicklung verschoben haben, die Frage des Trägereinsatzes nur noch geringe Aktualität aus der Sicht des RP hat.

Ein anderes Bild liefern freilich die ersten Nachfragen bei Sanierungsträgern und ihren Verbänden. Von einem Bundesverband wird mitgeteilt, die Studie sei Gegenstand ausführlicher interner Diskussion gewesen, einige ihrer Ergebnisse seien in ein internes Schulungspapier für die Argumentation von verbandsangehörigen Unternehmen mit den Gemeinden übernommen worden. Von einzelnen Unternehmen wird eine intensive Auseinandersetzung mit den Ergebnissen berichtet. Der höhere Aufmerksamkeitswert, den die Studie bei den Sanierungsträgern und ihren Verbänden gefunden hat, dürfte damit zusammenhängen, daß grundsätzliche Geschäftsinteressen berührt sein können und beispielsweise - trotz kritischer Aussagen - sie mittelbar von Nutzen sein kann. So wurde sie verschiedentlich bei Vertragsverhandlungen zwischen Sanierungsträgern und Gemeinden demonstrativ "auf den Tisch" gelegt.

## 5. Schlußbemerkungen

Ist aus diesem Fallbericht zu folgern, daß es selbst bei einem Forschungsvorhaben, in dessen methodischer Anlage interaktiven oder gar dialogischen Vorgehensweisen besondere Aufmerksamkeit geschenkt wurde, mit der Nutzung von Forschungsergebnissen schlecht bestellt ist? Bei einer solchen Schlußfolgerung sind jedoch zwei Aspekte noch mitzuberücksichtigen.

Zum einen erscheint das Ergebnis der hier erwähnten Nutzungskontrolle aus mehreren Gründen als (noch) nicht beweiskräftig. Das hat vor allem damit zu tun, daß der vorgenommenen Telefonbefragung noch immer ein recht krudes (gewissermaßen linear-mechanistisches) Konzept von Forschungstransfer (hier Forscher, dort Anwender) zugrunde liegt, indem fürs erste mit verhältnismäßig vordergründigen, einfach abzufragenden Indikatoren gearbeitet wurde (Haben Sie die Studie erhalten? Haben Sie sie gelesen? Haben Sie sie nutzen können? usw.) Konzeptionell angemessener und analytisch hintergründiger wäre es zweifellos, von einem Modell auszugehen, in dem die Transfer- und Diffusionsprozesse wesentlich verschlungenere und verdecktere Wege gehen, in ein komplexes, die vielen Übergänge und Schattierungen zwischen "Forscher" und "Anwender" berücksichtigendes Netzwerk eingebettet sind und möglicherweise gerade dort

die nachhaltigsten Effekte erzielen können, wo die Lernanstösse so intensiv verarbeitet werden, daß sich der Aktor der kausalen Herkunft gar nicht mehr bewußt ist und jedenfalls der Bildschirm einer simplen Befragung blind bleibt.

Zum anderen (und damit zusammenhängend) müßte der Forschungsprozeß selbst noch viel stärker - als in der Trägerstudie geschehen - als "allseitiger Lernprozeß" konzipiert, strukturiert und konsequent durchgehalten werden. In einer Absage an eine Forschungstradition, die auf die Gewinnung nomologischer Aussagen gerichtet ist und bei Wahl einer Praxisorientierung diese durch die Formulierung eher sozialtechnologischer Handlungsanweisungen einzulösen beansprucht, wird neuerdings zunehmend (vgl. CAPLAN, REIN, WEISS usw.) der praktische Beitrag der Sozialforschung in erster Linie in einer stimulierenden, aufklärerischen Funktion gesehen. Hierbei soll Forschung als solche nicht in einer Einebung von Handlung und Erleben einerseits und Analyse und Erkenntnis andererseits aufgegeben werden. Vielmehr soll ein komplexes Modell von Forschung entwickelt und praktiziert werden, in dem der Forschungsprozeß um seine "Vorher"- und "Nachher"-Phasen und insbesondere um die Disseminations- und Auswirkungsphase verlängert wird und indem Innovationstimelags berücksichtigt werden. Allerdings erscheint gerade Auftragsforschung bisherigen Zuschnitts als schlecht gerüstet und kaum imstande, solche veränderten Ansprüche und Konzepte einzulösen oder auch nur zu testen. Ist doch der bisherige Akquisitions-, Vergabe- und Finanzierungsmodus durchweg auf die "Ablieferung" von Forschungsergebnissen und -berichten ausgerichtet mit einer Absorption der intellektuellen Aufmerksamkeit und zeitlichen Ressourcen, die etwaige Initiativen zu Aufbau und Verstetigung vom Kommunikations- und Lernprozessen während und nach dem Forschungsprozeß als unerschwinglichen Luxus erscheinen läßt.

Anmerkungen

(1) Für die Durchführung der telefonischen Befragung, auf der die nachstehenden Angaben beruhen, haben wir Dipl.-Soz. TORSTEN BIRLEM, KARIN HOSSFELD und Dipl.-Pol KURT RUHLAND (alle Institut für Stadtforschung Berlin) zu danken.

Literaturhinweise

BÖHME/ENGELHARDT (Hg), Entfremdete Wissenschaft, Frankfurt/Main 1979)

EINEM/BIRLEM/SCHARMER/WOLLMANN (Institut für Stadtforschung Berlin), Analyse und Einschätzung der Beauftragung/Nichtbeauftragung von Sanierungsträgern, Band 02.017 der Schriftenreihe des BMBau, Bonn 1978

GREIFFENHAGEN/PRÄTORIUS (Hg), Ein mühsamer Dialog, Köln/Frankfurt 1979

HELLSTERN/WOLLMANN, Zur Leistungsfähigkeit von Fallstudien - am Beispiel einer Sanierungsuntersuchung, in: Kevenhörster/Wollmann (Hg), Kommunalpolitische Praxis und lokale Politikforschung, Eigenverlag Deutsches Institut für Urbanistik, Berlin 1978, S. 349 ff.

LUHMANN, in:WZB (Hg), Interaktion zwischen Wissenschaft und Politik, Frankfurt/New York 1978

MATTHÖFER, Humanisierung der Arbeit und Produktivität in der Industriegesellschaft, Köln/Frankfurt 1978

PATTON, Qualitative Evaluation Research, Beverly Hills 1980

RICH, Editorial, Am. Beh. Scientist 1, 1979

ROSSI/FREEMAN/WRIGHT, Systematic Evaluation Research, Beverly Hills 1979

ROTHMANN, Promoting Innovation for Change, New York 1976, dt. 1980

SCHEUCH/V.ALEMANN (Hg), Das Forschungsinstitut, Erlangen 1978

TRAUTWEIN-KALMS/GERLACH, Gewerkschaften und Humanisierung der Arbeit, Frankfurt/New York 1980

WILDAVSKY, Speaking Truth on Power, The Art and Craft of Policy Analysis, Boston 1979